Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

1965	Ausgegeben zu Wiesbaden am 28. Dezember 1965	Nr. 30

Tag	Inhalt:	Seite
17. 12. 65	**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1966 (Haushaltsgesetz 1966)** . . . . . *GVBl. II 43-15*	339
17. 12. 65	**Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz — FAG —)** . . . . . *Ändert GVBl. II 41-10*	344
17. 12. 65	**Hessisches Ausführungsgesetz zur Finanzgerichtsordnung (HessAGFGO)** *GVBl. II 214-2*	347
17. 12. 65	**Fünftes Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen (Fünftes Besoldungserhöhungsgesetz)** . . . . . *GVBl. II 323-27; ändert GVBl. II 323-2*	349
17. 12. 65	Verordnung über die Kosten der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz . . . . . *GVBl. II 91-11*	355
17. 12. 65	Verordnung über die Bewertung der Sachbezüge für die Sozialversicherung für das Jahr 1966 . . . . . *GVBl. II 93-12*	355
20. 12. 65	Zweite Verordnung zur Überleitung des Schuljahresbeginns . . . *GVBl. II 72-23*	356
20. 12. 65	Bekanntmachung über die Änderung der Amtsbezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise . . . . . *Ändert GVBl. II 321-6*	357

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1966 (Haushaltsgesetz 1966)*)

Vom 17. Dezember 1965

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan (Gesamtplan) für das Rechnungsjahr 1966 wird

in Einnahme und Ausgabe
auf 4 903 335 400 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe
auf 4 328 536 100 Deutsche Mark

und im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe
auf 574 799 300 Deutsche Mark.

Anlage

§ 2

(1) Aus konjunkturpolitischen Gründen kann die Landesregierung die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel von ihrer besonderen vorherigen Zustimmung abhängig machen. Das gleiche gilt für das Eingehen von Verbindlichkeiten zu Lasten künftiger Rechnungsjahre.

(2) Bei Haushaltstiteln, die einen Beitrag des Bundes für die gleiche Zweckbestimmung vorsehen, gilt der Ansatz im gleichen Verhältnis, in dem der Bund seinen Beitrag mindert, als gesperrt.

(3) Die für Hochbaumaßnahmen des Landes veranschlagten Mittel sind in Höhe von fünfzehn vom Hundert ge-

*) GVBl. II 43-15

sperrt. Ausgenommen von der Sperre sind die Mittel für Baumaßnahmen im Bereich

der Technischen Hochschule Darmstadt — Kap. 18 03 —

der Universitäten
Gießen — Kp. 18 04 —
und Marburg — Kp. 18 05 —

sowie die Mittel zur Gebäudeunterhaltung — Titel 204 —

und für kleinere Um- und Erweiterungsbauten — Titel 205 —.

Soweit der Universität Frankfurt am Main Haushaltsmittel zur Durchführung von Baumaßnahmen gewährt werden, bleiben auch diese von der Sperre ausgenommen.

(4) Die Mittel des außerordentlichen Haushalts

für das Bauprogramm 1966 — Kap. A 03 66 —

für den Strukturverbesserungsplan — Kap. A 07 03 —

und den Straßenbau — Kap. A 07 27 —

sowie für die Flurbereinigung — Kap. A 09 15 —

und das Siedlungswesen — Kap. A 09 17 —

sind in Höhe von zehn vom Hundert des Jahresansatzes gesperrt.

Die Bindungsermächtigungen in Kap. 17 06 Titel 510 dürfen bei den Neubauprogrammen 1966 und 1967 nur bis neunzig vom Hundert der Gesamtbeträge in Anspruch genommen werden.

(5) Der Haushaltsausschuß des Hessischen Landtags kann auf Antrag des Ministers der Finanzen Ausnahmen von den Bestimmungen der Abs. 2 und 3 zulassen.

(6) Die Landesregierung kann auf Antrag des Ministers der Finanzen Ausnahmen von den Bestimmungen des Abs. 4 zulassen.

§ 3

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind gegenseitig deckungsfähig die Ansätze bei

1. Titel 104 a Vergütungen der Angestellten und
   Titel 104 b Löhne der Arbeiter;
2. Titel 108 Beschäftigungsvergütungen, Trennungsentschädigungen usw. und
   Titel 217 Umzugskostenvergütungen und Umzugskostenbeihilfen;
3. Titel 200 Geschäftsbedürfnisse und
   Titel 201 Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Diensträumen;
4. Titel 215 a Reisekostenvergütungen — Inlandsreisen — und
   Titel 215 b Reisekostenvergütungen — Auslandsreisen —;
5. Titel 218 Kosten für Sachverständige und
   Titel 219 Gerichts- und ähnliche Kosten.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Titel 101 (Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und der beamteten Hilfskräfte) zur Verstärkung der bei Titel 104 a (Vergütungen der Angestellten) und Titel 104 b (Löhne der Arbeiter) veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei den Titeln 101 bis 104 zur Verstärkung von Mitteln bei den Titeln 110 (Abfindungen und Übergangsgelder) und 111 (Versicherungsbeiträge für ausscheidende Beamte);
3. Einparungen bei Titel 205 (Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten usw.) zur Verstärkung der bei Titel 204 (Unterhaltung der Gebäude) veranschlagten Mittel.

(3) Mit Zustimmung des Ministers der Finanzen dürfen in zwingenden Fällen die Ansätze bei Kap. 18 01-711 bis 721, 18 03-700, 18 03-710, 18 04-700, 18 04-710, 18 05-700, 18 05-710 und 18 07-711 bis 717 als gegenseitig deckungsfähig behandelt werden.

(4) Die obersten Landesbehörden können mit Zustimmung des Ministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für Sachausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als fünfundzwanzig vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.

(5) Im übrigen ergibt sich die Deckungsfähigkeit von Ausgabemitteln aus den im Haushaltsplan enthaltenen Haushaltsvermerken.

§ 4

(1) Jede Planstelle für Richter oder Beamte und jede Stelle für Angestellte und Arbeiter darf nur mit einer Person besetzt werden. Das gilt nicht für fünfundzwanzig vom Hundert der im Haushalt ausgewiesenen Stellen für Schreibkräfte der Verg. Gr. VII bis VIII BAT und für Reinigungskräfte. Bei diesen Stellen können zwei Halbtagskräfte als eine Person gerechnet werden.

(2) Mit Zustimmung des Ministers der Finanzen können bei dem Übergang von Aufgaben aus dem Geschäftsbereich eines Verwaltungszweigs in den Geschäftsbereich eines anderen die Mittel und Planstellen übertragen werden.

§ 5

(1) Freie und freiwerdende Stellen bei den Titeln 101 und 104 werden im Haushaltsjahr 1966 grundsätzlich nicht wieder besetzt. Dies gilt nicht in den Fällen, in denen rechtliche Verpflichtungen zur Besetzung von Stellen bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestanden.

(2) Die Landesregierung kann

1. in dringenden Fällen oder
2. wenn es zur Erledigung neuer durch Gesetz oder sonstige Rechtsvorschriften zugewiesenen Aufgaben oder
3. zur Sicherung des Nachwuchses nach dem Altersaufbau der jeweiligen Verwaltung oder
4. wenn die Besetzung einer Stelle zur Behebung von Engpässen oder aus sonstigen zwingenden dienstlichen Gründen unabweisbar notwendig ist,

Ausnahmen zulassen.

§ 6

(1) Die Landesregierung ist ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Hessischen Landtags Planstellen umzuwandeln.

(2) Umgewandelte Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln" zu versehen. Über den weiteren Verbleib der umgewandelten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 7

Die Landesregierung wird ermächtigt, die erforderlichen haushaltsrechtlichen Maßnahmen auf Grund des Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 21. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1557) zu treffen, insbesondere die Stellenpläne zu ergänzen.

§ 8

(1) Wird ein planmäßiger Richter oder Beamter des Landes sechs Monate oder länger unter Wegfall der Dienstbezüge bei einem anderen Dienstherrn verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Richters oder Beamten neu zu besetzen, so kann die Landesregierung für diesen Richter oder Beamten frühestens drei Monate nach Beginn der Abordnung im Einzelplan des zuständigen Ministeriums eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Richters oder Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.

(2) Wird der Richter oder Beamte wieder im Landesdienst verwendet, so ist er in eine freie oder in die nächste freiwerdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle mangels freier Planstellen geführt werden muß, dürfen die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Ministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Über den weiteren Verbleib der durch die Landesregierung ausgebrachten Stellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(4) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend für planmäßige Beamte, die zu einer vorübergehenden Tätigkeit in die Entwicklungsländer beurlaubt werden. Das gleiche gilt sinngemäß für planmäßige Beamte, die als Richter kraft Auftrags zu einem hessischen Gericht, und für Richter auf Lebenszeit, die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet werden.

§ 9

Übertarifliche Leistungen an Angestellte und Arbeiter bedürfen der vorherigen Zustimmung des Ministers der Finanzen.

§ 10

(1) Mittel für Besoldungen und für Hilfsleistungen durch Beamte werden abweichend von § 11 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zusammen veranschlagt.

(2) In Abweichung von § 30 der Reichshaushaltsordnung werden die Mittel bei Titel 205 (Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten usw.) für übertragbar erklärt.

(3) Der Minister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.

(4) Bei Anwendung des § 30 a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 50 000 Deutsche Mark zu ersetzen.

(5) Die im Haushaltsplan vorgesehenen Stellen der Eingangsgruppe einer Laufbahn dürfen mit Zustimmung des Ministers der Finanzen abweichend von § 36 Abs. 2 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung in Einzelfällen auch mit Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, wenn Beamte der höheren Laufbahn nicht verfügbar sind.

(6) In Abweichung von § 41 der Reichshaushaltsordnung gilt für die Benutzung von Dienstkraftwagen des Ministerpräsidenten, der Staatsminister, der Staatssekretäre, des Leiters des Staatskommissariats für das Vertriebenen- und Flüchtlingswesen und des Präsidenten des Rechnungshofes die Regelung der Landesregierung.

(7) In den Fällen des § 47 Abs. 3 und 6 der Reichshaushaltsordnung gilt als Wertgrenze des § 3 Abs. 2 und des § 5 der Anlage 3 zu § 57 der Reichswirtschaftsbestimmungen der Betrag von 500 000 Deutsche Mark.

§ 11

Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, die zur Fortführung eines geordneten Forstwirtschaftsbetriebs im Forstwirtschaftsjahr 1967 (1. Oktober 1966 bis 30. September 1967) unvermeidbaren Ausgaben bei den Forstwirtschaftstiteln 400, 403 bis 408 und 420 des Kap. 09 51 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 zuzulassen. Die Leistungen dürfen die für die Forstwirtschaftstitel im Haushaltsplan 1966 bewilligten Mittel nicht übersteigen. Die übertragbaren Titel 400, 403, 404 und 406 sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 12

(1) Für die Ausführung des Haushaltsplans werden alle Ansätze der Titel 200 bis 299 des ordentlichen Haushaltsplans abweichend von § 1 nur mit fünfundneunzig vom Hundert der veranschlagten Beträge bewilligt. Die Bestimmung des § 3 Abs. 1 bleibt unberührt.

(2) Bei den Titeln 300 bis 699 werden mit Ausnahme dieser Titel in den Einzelplänen 13, 16 und 17 alle Ansätze des ordentlichen Haushaltsplans abweichend von § 1 nur mit fünfundneunzig vom Hundert der veranschlagten Beträge bewilligt.

(3) Bei den Titeln 850 bis 889 werden mit Ausnahme dieser Titel im Einzelplan 18 alle Ansätze des ordentlichen Haushaltsplans abweichend von § 1 nur mit fünfundneunzig vom Hundert der veranschlagten Beträge bewilligt.

(4) Der Minister der Finanzen kann zulassen, daß über Bewilligungen des ordentlichen Haushaltsplans im Falle eines unabweisbaren Bedürfnisses abweichend von Abs. 1 bis 3 bis zur Höhe der nach § 1 festgestellten Beträge verfügt wird, wenn die Mehrausgaben durch Einsparungen innerhalb desselben Einzelplans, in Ausnahmefällen in anderen Einzelplänen, ausgeglichen werden. Mit der Entscheidung nach Satz 1 wird für die beteiligten Ausgabebewilligungen die einseitige Deckungsfähigkeit angeordnet. Dies gilt auch, soweit die Ausgabemittel übertragbar sind.

§ 13

(1) Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, die im außerordentlichen Haushalt vorgesehenen Kredite aufzunehmen.

(2) Soweit die Bundesregierung oder das Bundesausgleichsamt im Laufe des Rechnungsjahres 1966 über die im außerordentlichen Haushalt vorgesehenen Beträge hinaus weitere Mittel für den sozialen Wohnungsbau und die landwirtschaftliche Siedlung zur Verfügung stellen, darf der Minister der Finanzen auch diese Mittel als Kredit aufnehmen; hieraus dürfen entsprechende Ausgaben geleistet werden.

(3) Die dem Minister der Finanzen durch § 10 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 1965 vom 21. Dezember 1964 (GVBl. I S. 229) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1965 bleibt bis zum 31. Dezember 1966 wirksam.

§ 14

Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, im Rechnungsjahr 1966 für Kredite zur Durchführung dringender, volkswirtschaftlich gerechtfertigter Aufgaben Garantien und Bürgschaften bis zum Höchstbetrage von 100 Millionen Deutsche Mark zu Lasten des Landes zu übernehmen.

§ 15

Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, zur Verstärkung der Betriebsmittel der Staatshauptkasse kurzfristige Kredite (Kassenkredite) bis zum Höchstbetrage von 250 Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

§ 16

Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, die Haushaltsrechnung abweichend von § 77 der Reichshaushaltsordnung in abgekürzter Form aufzustellen und hierbei insbesondere Titel zu Titelgruppen zusammenzufassen.

§ 17

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1966 in Kraft.

(2) Der Minister der Finanzen erläßt die erforderlichen Durchführungsbestimmungen; sie können Ermächtigungen im Sinne des § 71 der Reichshaushaltsordnung vorsehen.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 17. Dezember 1965

Der Hessische Ministerpräsident
Zinn

Der Hessische Minister der Finanzen
Osswald

Haushaltsplan des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1966

(Gesamtplan)

Anlage zum Haushaltsgesetz 1966

Einzelplan	Bezeichnung	Betrag für das Rechnungsjahr 1966			Betrag für das Rechnungsjahr 1966						Mithin	
		Fortdauernde Einnahmen	Einmalige Einnahmen	Gesamt-Einnahmen	Personal-Ausgaben	Sach-Ausgaben	Allgemeine Ausgaben	Summe Fortdauernde Ausgaben	Einmalige Ausgaben	Gesamt-Ausgaben	Überschuß	Zuschuß
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
	A. Ordentlicher Haushalt											
01	Landtag	1 000	1 000	2 000	635 400	415 300	2 814 300	3 865 000	18 500	3 883 500	—	3 881 500
02	Ministerpräsident	146 000	5 000	151 000	7 539 300	1 218 500	977 000	9 734 800	1 565 700	11 300 500	—	11 149 500
03	Minister des Innern	16 144 100	105 100	16 249 200	131 535 100	18 408 300	27 473 800	177 417 200	12 640 600	190 057 800	—	173 808 600
04	Kultusminister	165 106 100	12 500	165 118 600	692 401 400	29 628 500	206 046 800	928 076 700	35 623 200	963 699 900	—	798 581 300
05	Minister der Justiz	66 317 900	7 000	66 324 900	116 270 200	15 979 100	19 295 300	151 544 600	4 002 900	155 547 500	—	89 222 600
06	Minister der Finanzen	39 978 900	26 700	40 005 600	160 430 900	25 225 100	2 798 100	188 454 100	919 300	189 373 400	—	149 367 800
07	Minister für Wirtschaft und Verkehr	4 969 000	1 137 500	6 106 500	30 915 200	6 431 300	62 197 400	99 543 900	129 898 200	229 442 100	—	223 335 600
08	Minister für Arbeit, Volkswohlfahrtu.Gesundheitsw.	64 717 400	10 009 500	74 726 900	48 488 700	9 988 800	82 667 600	141 145 100	47 975 700	189 120 800	—	114 393 900
09	Minister für Landwirtschaft und Forsten	262 332 200	7 016 400	269 348 600	69 044 500	12 729 800	314 701 100	396 475 400	20 127 800	416 603 200	—	147 254 600
10	Minister für Bundesangelegenheiten	7 300	600	7 900	314 700	105 500	—	420 200	11 000	431 200	—	423 300
11	Rechnungshof	1 700	—	1 700	1 380 600	116 800	—	1 497 400	3 500	1 500 900	—	1 499 200
12	Landespersonalamt	2 500	—	2 500	910 500	69 800	4 500	984 800	15 000	999 800	—	997 300
13	Landesschuld	17 243 900	—	17 243 900	—	—	141 077 400	141 077 400	—	141 077 400	—	123 833 500
14	Versorgung u. Ruhegelder	40 303 800	—	40 303 800	260 270 400	473 300	—	260 743 700	669 000	261 412 700	—	221 108 900
16	Wiedergutmachung	38 713 200	—	38 713 200	—	2 630 000	148 094 400	150 724 400	—	150 724 400	—	112 011 200
17	Allgem. Finanzverwaltung	3 497 303 200	93 553 000	3 590 856 200	178 860 000	— 3 092 700	1 037 862 800	1 213 630 100	9 730 900	1 223 361 000	2 367 495 200	—
18	Staatl. Hochbaumaßnahm.	91 000	3 282 600	3 373 600	—	—	—	—	200 000 000	200 000 000	—	196 626 400
	Summe Ordentl. Haushalt	4 213 379 200	115 156 900	4 328 536 100	1 698 996 900	120 327 400	2 046 010 500	3 865 334 800	463 201 300	4 328 536 100	2 367 495 200	2 367 495 200
	B. Außerordentl. Haushalt											
A 03	Minister des Innern	—	302 149 300	—	—	—	—	—	302 149 300	—	—	—
A 07	Minister für Wirtschaft und Verkehr	—	45 650 000	—	—	—	—	—	45 650 000	—	—	—
A 09	Minister für Landwirtschaft und Forsten	—	84 000 000	—	—	—	—	—	84 000 000	—	—	—
A 17	Allgem. Finanzverwaltung	—	143 000 000	574 799 300	—	—	—	—	143 000 000	574 799 300	—	—
		Gesamteinnahmen		4 903 335 400					Gesamtausgaben		4 903 335 400	

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz — FAG —)*)

Vom 17. Dezember 1965

Artikel 1
Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Das Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz — FAG —) vom 21. Dezember 1964 (GVBl. I S. 233) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Nr. 1 wird die Zahl „21" durch die Zahl „23" ersetzt.

2. § 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

   „(1) Von der Einkommensteuerverbundmasse eines Ausgleichsjahres, die nach Leistung der in Abs. 2 und 3 bezeichneten Zuweisungen verbleibt, werden verwendet:

   1. für Schlüsselzuweisungen an Gemeinden (Schlüsselmasse der Gemeinden) (§§ 8 bis 11) 46,4 vom Hundert,
   2. für Schlüsselzuweisungen an kreisfreie Städte (zusätzliche Schlüsselmasse der kreisfreien Städte) (§ 12) 12,9 vom Hundert,
   3. für Schlüsselzuweisungen an Landkreise (Schlüsselmasse der Landkreise) (§§ 13 bis 16) 34,7 vom Hundert,
   4. für den Beitrag an den Landeswohlfahrtsverband Hessen (§ 16 a) 6,0 vom Hundert."

3. In § 3 Abs. 2 Nr. 1 wird die Zahl „14 000 000" durch die Zahl „12 000 000" ersetzt.

4. In § 3 Abs. 2 wird Nr. 2 gestrichen. Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 2 und erhält folgende Fassung:

   „2. die Beträge, die erforderlich sind:

   a) für Polizeikostenzuschüsse (§ 17),

   b) für Zuschüsse zu den Kosten der Gesundheitsämter (§ 19),

   c) zur Entlastung der kreisfreien Städte, Landkreise und Schulortgemeinden von Personalkostenbeiträgen (§ 20)."

5. In § 3 Abs. 3 wird die Zahl „69 500 000" durch die Zahl „100 000 000" ersetzt.

6. In § 4 Abs. 1 wird die Nr. 8 gestrichen. Nr. 7 wird Nr. 8. An Stelle der bisherigen Nr. 7 tritt folgende Nr. 7:

   „7. für zusätzliche Finanzhilfen an Gemeinden der Zonenrandkreise (§ 25 a),"

7. In § 4 wird folgender Abs. 3 angefügt:

   „(3) Soweit das Land für Aufgaben nach Abs. 1 außerordentliche Haushaltsmittel bereitstellt, sind diese als Vorgriffe auf künftige Finanzausgleichsleistungen zu behandeln. Die zur Abwicklung der Vorgriffe notwendigen Ausgaben sind aus den Ansätzen nach Abs. 2 zu leisten."

8. § 9 Abs. 2 Nr. 2 erhält folgende Überschrift:

   „Ergänzungsansatz für Bevölkerungszusammensetzung"

   Außerdem wird folgender Satz 3 angefügt:

   „Beträgt in einer Gemeinde mit mehr als 3 000 Einwohnern die Zahl der Beschäftigten bei Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen und ihrer zum Haushalt gehörigen Familienmitglieder mehr als sechs vom Hundert der Einwohnerzahl, so wird an Stelle eines Ansatzes nach Satz 1 oder 2 ein Ansatz in Höhe von fünf Vierteln des sechs vom Hundert übersteigenden Hundertsatzes gewährt, wenn er höher ist."

9. § 9 Abs. 2 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

   „3. Ergänzungsansatz für Bevölkerungszuwachs

   Der Hauptansatz der Gemeinden wird erhöht, wenn die für die Berechnung des Hauptansatzes maßgebende Einwohnerzahl in den letzten zehn Jahren um mehr als zehn vom Hundert gestiegen ist. Der Hundertsatz der Erhöhung ist für den jeweiligen Bevölkerungszuwachs aus der Anlage 2 „Tabelle des Ergänzungsansatzes für Bevölkerungszuwachs" abzulesen. Werden aus Gründen des öffentlichen Wohls gemäß § 16 HGO Gemeinden in eine bestehende Gemeinde eingegliedert oder mehrere Gemeinden zu einer neuen Gemeinde zusammengelegt, so wird für die nächsten zehn Ausgleichsjahre bei Berechnung des Bevöl-

*) Ändert GVBl. II 41-10

kerungszuwachses die Einwohnerzahl zugrundegelegt, die die größte der beteiligten Gemeinden bei Beginn der jeweils maßgebenden Periode von zehn Jahren hatte."

10. § 11 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Als Mindestbetrag an Schlüsselzuweisungen erhalten die kreisangehörigen Gemeinden

mit 1 500 und weniger Einwohnern 2,00 Deutsche Mark je Einwohner,

mit 1 501 bis 10 000 Einwohnern 3,50 Deutsche Mark je Einwohner,

mit 10 001 bis 30 000 Einwohnern 5,50 Deutsche Mark je Einwohner,

mit mehr als 30 000 Einwohnern 8,00 Deutsche Mark je Einwohner."

11. In § 12 Satz 2 wird die Zahl „13,50" durch die Zahl „17,50" ersetzt.

12. § 14 Abs. 2 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. Ergänzungsansatz für Bevölkerungszuwachs

Der Hauptansatz wird um die Hälfte des fünf vom Hundert übersteigenden Hundertsatzes des Bevölkerungszuwachses erhöht, wenn die für die Berechnung des Hauptansatzes maßgebende Einwohnerzahl (Abs. 2 Nr. 1) in den letzten zehn Jahren um mehr als fünf vom Hundert gestiegen ist."

13. In § 16 Abs. 2 wird die Zahl „10,00" durch die Zahl „11,00" ersetzt.

14. Hinter § 16 wird folgender Unterabschnitt eingefügt:

„III.

Beitrag an den Landeswohlfahrtsverband Hessen

§ 16a

(1) Der Landeswohlfahrtsverband Hessen erhält gemäß § 20 Abs. 3 des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93) den nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 zu errechnenden Beitrag.

(2) Von diesem Beitrag hat der Landeswohlfahrtsverband Hessen jährlich mindestens ein Sechstel für Investitionszwecke zu verwenden."

15. Vor dem Unterabschnitt „Sonderlastenausgleiche und Bedarfszuweisungen" wird die Zahl „III." durch die Zahl „IV." ersetzt.

16. In § 17 Abs. 1 wird die Zahl „8 200" durch die Zahl „8 600" ersetzt.

17. In § 18 wird die Zahl „3,25" durch die Zahl „3,50" ersetzt.

18. Die §§ 20 und 21 werden gestrichen.

19. Folgender neuer § 20 wird eingefügt:

„§ 20

Personalkostenbeiträge

Aus der Einkommensteuerverbundmasse wird ein Betrag von fünf vom Hundert der in § 15 unter Nr. 1 bis 3, 7 und 9 des Gesetzes über die Unterhaltung und Verwaltung der öffentlichen Schulen und die Schulaufsicht (Schulverwaltungsgesetz — SchVG —) vom 28. Juni 1961 (GVBl. S. 87) genannten Personalkosten des Landes für Lehrer an Gymnasien, Berufsschulen und Berufsfachschulen, Fachschulen und Höheren Fachschulen sowie der Beihilfen nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Finanzierung von Privatschulen (Privatschulfinanzierungsgesetz — PSchFG —) vom 28. Juni 1961 (GVBl. S. 99) den Einzelplänen 04 und 14 des Landeshaushalts zugeführt. Um diesen Betrag ermäßigt sich die Leistungspflicht der kreisfreien Städte, Landkreise und Schulortgemeinden nach § 17 bis § 19 und § 20 Abs. 1 des Schulverwaltungsgesetzes und nach § 5 des Privatschulfinanzierungsgesetzes. Diese Regelung gilt erstmals für die Vorauszahlungen im Ausgleichsjahr 1966."

20. In § 22 wird die Zahl „14 000 000" durch die Zahl „12 000 000" ersetzt.

21. Folgender § 25 a wird eingefügt:

„§ 25a

Zusätzliche Finanzhilfen an Gemeinden der Zonenrandkreise

(1) Die Landkreise Eschwege, Fulda, Hersfeld, Hünfeld, Rotenburg und Witzenhausen erhalten Beihilfen zur Verteilung als zusätzliche Finanzhilfen an kreisangehörige Gemeinden, die durch die Zonenrandlage besondere Nachteile erlitten haben.

(2) Über die Mittel verfügt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen."

22. § 26 Abs. 2 wird gestrichen; der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2, wobei die Worte „nach Abs. 1 und 2" gestrichen werden.

23. In § 33 Abs. 1 Nr. 4 wird das Wort „Zonengrenzgemeinden" durch die Worte „Zonenrandgemeinden im Sinne des § 9 Abs. 2 Nr. 4" ersetzt.

24. In § 42 wird die Zahl „1965" durch die Zahl „1966" und die Zahl „5 000 000" durch die Zahl „2 500 000" ersetzt.

25. Es wird folgender § 42 a eingefügt:

„§ 42 a

Sonderbeitrag an den Landeswohlfahrtsverband Hessen

Für die Ausgleichsjahre 1966 und 1967 wird der Beitrag an den Landeswohlfahrtsverband Hessen (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 und § 16 a) zum teilweisen Ausgleich des Rechnungsfehlbetrages 1964 um je 2 500 000 Deutsche Mark aus der Einkommensteuerverbundmasse (§ 1 Abs. 1 Nr. 1) erhöht. § 16 a Abs. 2 findet hierbei keine Anwendung."

Artikel 2

Änderung des Mittelstufengesetzes

In § 20 Abs. 3 des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93)[1]) werden die Worte „dessen Höhe jeweils durch den Staatshaushaltsplan bestimmt wird" gestrichen.

Artikel 3

Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, das Finanzausgleichsgesetz in der sich aus diesem Gesetz ergebenden Fassung mit den notwendigen redaktionellen Änderungen bekanntzumachen.

Artikel 4

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1966 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

1) Ändert GVBl. II 300-5

Wiesbaden, den 17. Dezember 1965

Der Hessische Ministerpräsident
Zinn

Der Hessische Minister der Finanzen,
Osswald

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Hessisches Ausführungsgesetz zur Finanzgerichtsordnung (HessAGFGO)*)

Vom 17. Dezember 1965

§ 1
Sitz des Hessischen Finanzgerichts

Das Hessische Finanzgericht hat seinen Sitz in Kassel.

§ 2
Dienstaufsicht und Geschäftsbereich

Die Landesregierung bestimmt, wer die Dienstaufsicht über das Finanzgericht ausübt und zu wessen Geschäftsbereich die Verwaltung dieses Gerichts gehört.

§ 3
Bildung der Senate

Der zuständige Minister bestimmt nach Anhörung des Präsidenten des Finanzgerichts im Rahmen des Haushaltsplans die Zahl der Senate.

§ 4
Finanzrechtsweg

(1) Der Finanzrechtsweg ist auch in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten über Abgabeangelegenheiten gegeben, soweit die Abgaben der Gesetzgebung des Landes unterliegen und durch Landesfinanzbehörden verwaltet werden.

(2) Unberührt bleiben Rechtsvorschriften, die öffentlich-rechtliche Streitigkeiten über Abgabeangelegenheiten anderen Gerichten zuweisen.

§ 5
Erstmalige Bildung von Senaten

Die bei dem Finanzgericht am 31. Dezember 1965 bestehenden Kammern werden Senate.

§ 6
Ausschuß zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichter

Die nach § 23 Abs. 2 Satz 2 der Finanzgerichtsordnung zu wählenden Vertrauensleute und ihre Stellvertreter beruft der Landtag nach den Regeln der Verhältniswahl. Jede Fraktion ist berechtigt, eine Vorschlagsliste vorzulegen. Die Sitze der Vertrauensleute werden auf die Wahlvorschläge nach dem Höchstzahlverfahren verteilt. Die auf der Liste folgenden Namen gelten in gleicher Anzahl als Stellvertreter. Über die Zuteilung des letzten Sitzes oder der letzten Sitze entscheidet bei gleicher Höchstzahl das durch den Präsidenten des Landtags zu ziehende Los. Im Falle des Ausscheidens eines Vertrauensmannes rückt der jeweils erste noch nicht berufene, auf der gleichen Liste gewählte Stellvertreter nach.

§ 7
Änderung und Bekanntmachung der Neufassung des AO-Anwendungsgesetzes

(1) Das AO-Anwendungsgesetz in der Fassung vom 14. Februar 1964 (GVBl. I S. 19)[1]) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Auf öffentlich-rechtliche Abgaben, soweit sie der Gesetzgebung des Landes unterliegen und durch Landesfinanzbehörden verwaltet werden, sind folgende Gesetze sinngemäß anzuwenden:

1. die Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 161) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Dritten Teiles der Reichsabgabenordnung vom 11. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 418), des Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen vom 26. Februar 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 49), des Gesetzes über die Kosten der Zwangsvollstreckung nach der Reichsabgabenordnung vom 12. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 429), der Art. 17 und 18 des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 981), des § 119 des Steuerberatungsgesetzes vom 16. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1301), des Art. 2 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzverwaltung, der Reichsabgabenordnung und anderer Steuergesetze vom 23. April 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 197), des Gesetzes zur Änderung der Reichsabgabenordnung vom 29. April 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 297), des Art. 6 des Steueränderungsgesetzes 1965 vom 14. Mai 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 377), des Gesetzes zur Änderung des Handelsgesetzbuchs und der Reichsabgabenordnung vom 2. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 565), des Zweiten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen vom 9. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 729), des Art. 5 des Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 13. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 851), des Gesetzes zur Änderung der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 15. September 1965 (Bundesgesetzbl. I

*) GVBl. II 214-2
1) Ändert GVBl. II 42-6

S. 1356) und der Finanzgerichtsordnung vom 6. Oktober 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1477),

2. das Steueranpassungsgesetz vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 925) in der Fassung der Anlage 1 der Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung vom 16. Oktober 1948 (WiGBl. S. 139), des Gesetzes zur Änderung von einzelnen Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 11. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 511), des Art. 13 des Gesetzes zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 848), des Art. 13 des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 473), des Art. 19 des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 981) und des Art. 3 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzverwaltung, der Reichsabgabenordnung und anderer Steuergesetze vom 23. April 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 197),

3. die Allgemeinen Bewertungsvorschriften und der Erste Abschnitt der Besonderen Bewertungsvorschriften des Bewertungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1035) in der Fassung des § 30 des Einführungsgesetzes zu den Realsteuergesetzen vom 1. Dezember 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 961), des Abschnitts I § 1 und des Abschnitts IV § 13 Abs. 1 des Gesetzes zur Bewertung des Vermögens für die Kalenderjahre 1949 bis 1951 (Hauptveranlagung 1949) vom 16. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 22), des Art. 8 Ziff. 1 und des Art. 11 Satz 1 des Gesetzes zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 848), des Art. 8 des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 981), des Art. 1 des Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 10. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 676), des Art. 4 des Steueränderungsgesetzes 1965 vom 14. Mai 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 377) und des Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 13. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 851) mit Ausnahme der Vorschriften in Art. 1 Nr. 23 bis 25 und Art. 4 bis 7,

4. das Steuersäumnisgesetz vom 13. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 981) in der Fassung des Art. 5 des Steueränderungsgesetzes 1965 vom 14. Mai 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 377),

5. § 77 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446),

6. das Gesetz über die Kosten der Zwangsvollstreckung nach der Reichsabgabenordnung vom 12. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 429) in der Fassung des Art. 2 des Gesetzes zur Änderung der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 15. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1356),

7. die Finanzgerichtsordnung vom 6. Oktober 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1477)."

(2) Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, das AO-Anwendungsgesetz in der sich aus diesem Gesetz ergebenden Fassung mit neuem Datum bekanntzumachen.

§ 8

Amtsbezeichnung

Die in der Besoldungsordnung des Hessischen Besoldungsgesetzes in der Neufassung vom 11. Oktober 1965 (GVBl. I S. 237)[1]) enthaltene Amtsbezeichnung „Finanzgerichtsdirektor" wird durch die Amtsbezeichnung „Senatspräsident beim Finanzgericht" ersetzt.

§ 9

Aufhebung bisherigen Rechts

Die Finanzgerichtsordnung vom 13. Oktober 1947 (GVBl. S. 108)[2]) wird aufgehoben, soweit sie nicht bereits außer Kraft getreten ist.

§ 10

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1966 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

1) Ändert GVBl. II 323-2
2) GVBl. II 214-1

Wiesbaden, den 17. Dezember 1965

Der Hessische Ministerpräsident
Zinn

Der Hessische Minister der Finanzen
Osswald

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Fünftes Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen (Fünftes Besoldungserhöhungsgesetz)*)

Vom 17. Dezember 1965

Artikel 1

§ 1

Anlagen

Für die Monate Januar bis September 1966 werden die Sätze des Grundgehalts und der Stellenzulagen in den Anlagen I und III des Hessischen Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 11. Oktober 1965 (GVBl. I S. 237) um vier vom Hundert erhöht und durch die Sätze in den Anlagen 1 und 2 dieses Gesetzes ersetzt.

§ 2

Anlage

Die Ortszuschlagstabelle in der Anlage II des Hessischen Besoldungsgesetzes wird für die Monate Januar bis September 1966 durch die Tabelle in der Anlage 3 dieses Gesetzes ersetzt.

§ 3

(1) An die Stelle der Grundgehälter, die den Versorgungsbezügen der unter § 29 Abs. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes fallenden Versorgungsempfänger zugrunde liegen, treten für die Monate Januar bis September 1966 die Sätze der Grundgehälter nach § 1. Satz 1 gilt entsprechend für Versorgungsbezüge, auf die ein Anspruch in der Zeit vom 1. April 1957 bis zum Tage vor dem Inkrafttreten des § 1 entstanden ist, wenn den Bezügen ein Grundgehalt nach einer Besoldungsordnung des Hessischen Besoldungsgesetzes zugrunde liegt. Den Versorgungsbezügen wird der Ortszuschlag nach § 2 zugrunde gelegt.

(2) An die Stelle der Zulagen, die den in Abs. 1 genannten Versorgungsbezügen zugrunde liegen, treten die Sätze der Anlage 2, wenn der Versorgungsfall nach dem 30. Juni 1965 eingetreten ist. Ist der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1965 eingetreten, werden die Zulagen nach dem Stand vom 30. Juni 1965 um vier vom Hundert erhöht.

(3) Die nach § 29 Abs. 3 des Hessischen Besoldungsgesetzes der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde liegenden Ausgleichszulagen vermindern sich um den Betrag, um den sich die Grundgehälter und Zulagen nach Abs. 1 und 2 erhöhen.

§ 4

(1) Den Versorgungsbezügen der unter § 30 des Hessischen Besoldungsgesetzes fallenden Versorgungsempfänger wird für die Monate Januar bis September 1966 der Ortszuschlag nach § 2 zugrunde gelegt.

(2) Nach § 30 Abs. 7 des Hessischen Besoldungsgesetzes wird folgender Abs. 8 angefügt:

„(8) Der sich nach Abs. 7 ergebende Betrag ist mit Wirkung vom 1. Januar 1966 um vier vom Hundert zu erhöhen."

(3) In § 30 a Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes werden die Worte

„43 Deutsche Mark" durch die Worte „45 Deutsche Mark",

„86 Deutsche Mark" durch die Worte „90 Deutsche Mark",

„130 Deutsche Mark" durch die Worte „135 Deutsche Mark"

ersetzt.

(4) Nach § 30 b Abs. 6 des Hessischen Besoldungsgesetzes wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Die sich nach Abs. 6 ergebenden Bezüge sind mit Wirkung vom 1. Januar 1966 um vier vom Hundert zu erhöhen."

Artikel 2

§ 5

Vom 1. Oktober 1966 ab werden die nach § 1 maßgebenden Sätze des Grundgehalts und der Stellenzulagen in den Anlagen I und III des Hessischen Besoldungsgesetzes um vier vom Hundert erhöht und durch die Sätze in den Anlagen 4 und 5 dieses Gesetzes ersetzt. Anlagen

§ 6

Die Ortszuschlagstabelle in der Anlage II des Hessischen Besoldungsgesetzes wird vom 1. Oktober 1966 ab durch die Tabelle in der Anlage 6 dieses Gesetzes ersetzt. Anlage

§ 7

(1) An die Stelle der Grundgehälter, die den Versorgungsbezügen der unter § 29 Abs. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes fallenden Versorgungsempfänger zugrunde liegen, treten vom 1. Oktober 1966 ab die Sätze der Grundgehälter nach § 5. Satz 1 gilt entsprechend für Versorgungsbezüge, auf die ein Anspruch in der Zeit vom 1. Januar 1966 bis zum Tage vor dem Inkrafttreten des § 5 entstanden ist, wenn den Bezügen ein Grundgehalt nach einer Besoldungsordnung des Hessischen Besoldungsgesetzes

*) GVBl. II 323-27; ändert GVBl. II 323-2

zugrunde liegt. Den Versorgungsbezügen wird der Ortszuschlag nach § 6 zugrunde gelegt.

(2) An die Stelle der Zulagen, die den in Abs. 1 genannten Versorgungsbezügen zugrunde liegen, treten die Sätze der Anlage 5, wenn der Versorgungsfall nach dem 30. Juni 1965 eingetreten ist. Ist der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1965 eingetreten, werden die nach dem Stand vom 30. Juni 1965 um vier vom Hundert erhöhten Zulagen um weitere vier vom Hundert erhöht.

(3) Die nach § 29 Abs. 3 des Hessischen Besoldungsgesetzes der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde liegenden Ausgleichszulagen vermindern sich um den Betrag, um den sich die Grundgehälter und Zulagen nach Abs. 1 und 2 erhöhen.

§ 8

(1) Den Versorgungsbezügen der unter § 30 des Hessischen Besoldungsgesetzes fallenden Versorgungsempfänger wird vom 1. Oktober 1966 ab der Ortszuschlag nach § 6 zugrunde gelegt.

(2) Nach § 30 Abs. 8 des Hessischen Besoldungsgesetzes in der Fassung des § 4 dieses Gesetzes wird folgender Abs. 9 angefügt:

„(9) Der sich nach Abs. 8 ergebende Betrag ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1966 um vier vom Hundert zu erhöhen."

(3) In § 30 a Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes in der Fassung des § 4 dieses Gesetzes werden die Worte

„45 Deutsche Mark" durch die Worte „46,50 Deutsche Mark",

„90 Deutsche Mark" durch die Worte „93 Deutsche Mark",

„135 Deutsche Mark" durch die Worte „139,50 Deutsche Mark"

ersetzt.

(4) Nach § 30 b Abs. 7 des Hessischen Besoldungsgesetzes in der Fassung des § 4 dieses Gesetzes wird folgender Abs. 8 angefügt:

„(8) Die sich nach Abs. 7 ergebenden Bezüge sind mit Wirkung vom 1. Oktober 1966 um vier vom Hundert zu erhöhen."

Artikel 3

Es treten in Kraft:

Artikel 1 am 1. Januar 1966,

Artikel 2 am 1. Oktober 1966.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 17. Dezember 1965

Der Hessische Ministerpräsident
Zinn

Der Hessische Minister der Finanzen
Osswald

Anlage 1

Grundgehaltssätze
für die Monate Januar bis September 1966

Monatsbeträge in DM

Besoldungsordnung A

Bes. Gr.	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	Dienstalterszulage
1		353,60	367,12	380,64	394,16	407,68	421,20	434,72	448,24	461,76	475,28	488,80	—	—	13,52
2		372,32	386,88	401,44	416,—	430,56	445,12	459,68	474,24	488,80	503,36	517,92	532,48	—	14,56
3		401,44	416,—	430,56	445,12	459,68	474,24	488,80	503,36	517,92	532,48	547,04	561,60	—	14,56
4		430,56	445,12	459,68	474,24	488,80	503,36	517,92	532,48	547,04	561,60	576,16	590,72	—	14,56
5	III	448,24	463,84	479,44	495,04	510,64	526,24	541,84	557,44	573,04	588,64	604,24	619,84	635,44	15,60
6		458,64	479,44	500,24	521,04	541,84	562,64	583,44	604,24	625,04	645,84	666,64	687,44	708,24	20,80
7		538,72	561,60	584,48	607,36	630,24	653,12	676,—	698,88	721,76	744,64	767,52	790,40	813,28	22,88
8		563,68	590,72	617,76	644,80	671,84	698,88	725,92	752,96	780,—	807,04	834,08	861,12	888,16	27,04
8 a		631,28	658,32	685,36	712,40	739,44	766,48	793,52	820,56	847,60	874,64	901,68	928,72	955,76	27,04
9		640,64	668,72	696,80	724,88	752,96	781,04	809,12	837,20	865,28	893,36	921,44	949,52	977,60	28,08
10		709,28	747,76	786,24	824,72	863,20	901,68	940,16	978,64	1 017,12	1 055,60	1 094,08	1 132,56	1 171,04	38,48
10 a		709,28	747,76	786,24	824,72	863,20	901,68	940,16	978,64	1 017,12	1 055,60	1 094,08	1 132,56	1 171,04	38,48
10 b		754,—	795,60	837,20	878,80	920,40	962,—	1 003,60	1 045,20	1 086,80	1 128,40	1 170,—	1 211,60	1 253,20	41,60
10 c	II	809,12	850,72	892,32	933,92	975,52	1 017,12	1 058,72	1 100,32	1 141,92	1 183,52	1 225,12	1 266,72	1 308,32	41,60
11		852,80	895,44	938,08	980,72	1 023,36	1 066,—	1 108,64	1 151,28	1 193,92	1 236,56	1 279,20	1 321,84	1 364,48	42,64
11 a		896,48	941,20	985,92	1 030,64	1 075,36	1 120,08	1 164,80	1 209,52	1 254,24	1 298,96	1 343,68	1 388,40	1 433,12	44,72
12		940,16	986,96	1 033,76	1 080,56	1 127,36	1 174,16	1 220,96	1 267,76	1 314,56	1 361,36	1 408,16	1 454,96	1 501,76	46,80
12 a		995,28	1 042,08	1 088,88	1 135,68	1 182,48	1 229,28	1 276,08	1 322,88	1 369,68	1 416,48	1 463,28	1 510,08	1 556,88	46,80
13		1 051,44	1 098,24	1 145,04	1 191,84	1 238,64	1 285,44	1 332,24	1 379,04	1 425,84	1 472,64	1 519,44	1 566,24	1 613,04	46,80
13 a		1 071,20	1 127,36	1 183,52	1 239,68	1 295,84	1 352,—	1 408,16	1 464,32	1 520,48	1 576,64	1 632,80	1 688,96	1 745,12	56,16
13 b		1 051,44	1 098,24	1 145,04	1 191,84	1 238,64	1 285,44	1 497,60	1 558,96	1 620,32	1 681,68	1 743,04	1 804,40	1 865,76	46,80/61,36
14		1 129,44	1 190,80	1 252,16	1 313,52	1 374,88	1 436,24	1 497,60	1 558,96	1 620,32	1 681,68	1 743,04	1 804,40	1 865,76	61,36
14 a		1 148,16	1 212,64	1 277,12	1 341,60	1 416,08	1 470,56	1 535,04	1 599,52	1 664,—	1 728,48	1 792,96	1 857,44	1 921,92	64,48
15	I b	1 294,80	1 360,32	1 425,84	1 491,36	1 556,88	1 622,40	1 687,92	1 753,44	1 818,96	1 884,48	1 950,—	2 015,52	2 081,04	65,52
15 a		1 411,28	1 476,80	1 542,32	1 607,84	1 673,36	1 738,88	1 804,40	1 869,92	1 935,44	2 000,96	2 066,48	2 132,—	2 197,52	65,52
16		1 475,76	1 554,80	1 633,84	1 712,88	1 791,92	1 870,96	1 950,—	2 029,04	2 108,08	2 187,12	2 266,16	2 345,20	2 424,24	79,04
16 a		1 294,80	1 360,32	1 425,84	1 491,36	1 556,88	1 622,40	1 687,92	1 753,44	1 818,96	1 884,48	1 950,—	2 015,52	2 081,04	65,52
16 b		1 475,76	1 554,80	1 633,84	1 712,88	1 791,92	1 870,96	1 950,—	2 029,04	2 108,08	2 187,12	2 266,16	2 345,20	2 424,24	79,04
16 c		1 664,—	1 746,16	1 828,32	1 910,48	1 992,64	2 074,80	2 156,96	2 239,12	2 321,28	2 403,44	2 485,60	2 567,76	2 649,92	82,16

Besoldungsordnung H

1		1 090,96	1 150,24	1 209,52	1 268,80	1 328,08	1 387,36	1 446,64	1 505,92	1 565,20	1 624,48	1 683,76	1 743,04	1 802,32	59,28
2	I b	1 129,44	1 190,80	1 252,16	1 313,52	1 374,88	1 436,24	1 497,60	1 558,96	1 620,32	1 681,68	1 743,04	1 804,40	1 865,76	61,36
3		1 294,80	1 360,32	1 425,84	1 491,36	1 556,88	1 622,40	1 687,92	1 753,44	1 818,96	1 884,48	1 950,—	2 015,52	2 081,04	65,52
4		1 475,76	1 554,80	1 633,84	1 712,88	1 791,92	1 870,96	1 950,—	2 029,04	2 108,08	2 187,12	2 266,16	2 345,20	2 424,24	79,04

Besoldungsordnung B

Bes.Gr.		Bes.Gr.		Bes.Gr.		Bes.Gr.	
1	2 081,04	4	2 884,96	7	3 455,92	9	4 225,52
2	2 500,16	5	3 073,20	8	3 652,48	10	4 609,28
3	2 689,44	6	3 267,68	8a	3 841,76	11	5 089,76

Ortszuschlag Tarifklasse: Bes.Gr. 1 und 2 = Ib, Bes.Gr. 3 bis 11 = Ia

Stellenzulagen Sondergrundgehälter Zuschüsse zum Grundgehalt für die Monate Januar bis September 1966

Anlage 2

	Fußnote 1 DM	Fußnote 2 DM	Fußnote 3 DM	Fußnote 4 DM	Fußnote 5 DM	Fußnote 6 DM	Fußnote 7 DM
Bes.Gruppe A 5 Sondergrundgehalt	—	—	416,—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 6	31,20	36,40	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 7	31,20	—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 8	62,40	89,44	31,20	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 8 a	31,20	104,—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 9	62,40	62,40	46,80	52,—	62,40	—	—
Bes.Gruppe A 10	62,40	62,40	—	62,40	62,40	—	—
Bes.Gruppe A 11	62,40	46,80	—	62,40	62,40	—	—
Bes.Gruppe A 11 a	46,80	—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 12	—	67,60	67,60	62,40	—	—	62,40
Bes.Gruppe A 12 a	31,20	—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 13	—	36,40	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 13 a	—	—	—	36,40	—	—	—
Bes.Gruppe A 14 a	52,—	52,—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 15	—	—	276,64	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 16 a Sondergrundgehalt	2 424,24	—	—	—	—	—	—
Zuschuß zum Grundgehalt	624,—	—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 16 b Sondergrundgehalt	2 908,88	—	—	—	—	—	—
Zuschuß zum Grundgehalt	728,—	—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 16 c Sondergrundgehalt	2 908,88	—	—	—	—	—	—
Überleitungsübersicht Regelüberleitung	75,92	40,56	14,56	62,40			

Sonderüberleitung zur Bes.Gruppe A 6 — 28,08 DM

Besoldungsordnung H. Allgemeine Vorschriften

Sondergrundgehalt zur	Bes.Gruppe H 3	2 424,24 DM
Sondergrundgehalt zur	Bes.Gruppe H 4	2 908,88 DM
Zuschuß zum Grundgehalt	Bes.Gruppe H 3	624,— DM
Zuschuß zum Grundgehalt	Bes.Gruppe H 4	728,— DM

Gemeinsame Vorschriften für mehrere Besoldungsgruppen

Nr. 4	44,72 DM
Nr. 8	31,20 DM
Nr. 9	31,20 DM
Nr. 10	52,00 DM

Ortszuschlag

für die Monate Januar bis September 1966

Anlage 3

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Ortsklasse	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 (bei einem kinderzuschlagsberechtigten Kind)
			Monatsbeträge in DM		
I a	B 3 bis B 11	S	277	343	370
		A	235	295	321
I b	B 1 und B 2, A 13 bis A 16 c, H 1 bis H 4	S	214	279	306
		A	180	237	263
II	A 9 bis A 12 a	S	173	229	256
		A	146	194	220
III	A 1 bis A 8 a	S	141	197	224
		A	118	166	192

Bei mehr als einem kinderzuschlagsberechtigten Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind, und zwar

für das zweite bis zum fünften Kind
in Ortsklasse S um je 34 DM,
in Ortsklasse A um je 32 DM,

für das sechste und die weiteren Kinder
in Ortsklasse S um je 44 DM,
in Ortsklasse A um je 42 DM.

Grundgehaltssätze
ab 1. Oktober 1966

Monatsbeträge in DM

Anlage 4

Besoldungsordnung A

Bes. Gr.	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	Dienstalterszulage
1		367,76	381,82	395,88	409,94	424,—	438,06	452,12	466,18	480,24	494,30	508,36	—	—	14,06
2		387,25	402,39	417,53	432,67	447,81	462,95	478,09	493,23	508,37	523,51	538,65	553,79	—	15,14
3		417,53	432,67	447,81	462,95	478,09	493,23	508,37	523,51	538,65	553,79	568,93	584,07	—	15,14
4		447,81	462,95	478,09	493,23	508,37	523,51	538,65	553,79	568,93	584,07	599,21	614,35	—	15,14
5	III	466,22	482,44	498,66	514,88	531,10	547,32	563,54	579,76	595,98	612,20	628,42	644,64	660,86	16,22
6		477,01	498,64	520,27	541,90	563,53	585,16	606,79	628,42	650,05	671,68	693,31	714,94	736,57	21,63
7		560,34	584,13	607,92	631,71	655,50	679,29	703,08	726,87	750,66	774,45	798,24	822,03	845,82	23,79
8		586,25	614,37	642,49	670,61	698,73	726,85	754,97	783,09	811,21	839,33	867,45	895,57	923,69	28,12
8 a		656,56	684,68	712,80	740,92	769,04	797,16	825,28	853,40	881,52	909,64	937,76	965,88	994,—	28,12
9		666,32	695,52	724,72	753,92	783,12	812,32	841,52	870,72	899,92	929,12	958,32	987,52	1 016,72	29,20
10		737,65	777,67	817,69	857,71	897,73	937,75	977,77	1 017,79	1 057,81	1 097,83	1 137,85	1 177,87	1 217,89	40,02
10 a		737,65	777,67	817,69	857,71	897,73	937,75	977,77	1 017,79	1 057,81	1 097,83	1 137,85	1 177,87	1 217,89	40,02
10 b		784,21	827,47	870,73	913,99	957,25	1 000,51	1 043,77	1 087,03	1 130,29	1 173,55	1 216,81	1 260,07	1 303,33	43,26
10 c	II	841,54	884,80	928,06	971,32	1 014,58	1 057,84	1 101,10	1 144,36	1 187,62	1 230,88	1 274,14	1 317,40	1 360,66	43,26
11		886,98	931,32	975,66	1 020,—	1 064,34	1 108,68	1 153,02	1 197,36	1 241,70	1 286,04	1 330,38	1 374,72	1 419,06	44,34
11 a		932,34	978,85	1 025,36	1 071,87	1 118,38	1 164,89	1 211,40	1 257,91	1 304,42	1 350,93	1 397,44	1 443,95	1 490,46	46,51
12		977,80	1 026,47	1 075,14	1 123,81	1 172,48	1 221,15	1 269,82	1 318,49	1 367,16	1 415,83	1 464,50	1 513,17	1 561,84	48,67
12 a		1 035,12	1 083,79	1 132,46	1 181,13	1 229,80	1 278,47	1 327,14	1 375,81	1 424,48	1 473,15	1 521,82	1 570,49	1 619,16	48,67
13		1 093,54	1 142,21	1 190,88	1 239,55	1 288,22	1 336,89	1 385,56	1 434,23	1 482,90	1 531,57	1 580,24	1 628,91	1 677,58	48,67
13 a		1 114,05	1 172,46	1 230,87	1 289,28	1 347,69	1 406,10	1 464,51	1 522,92	1 581,33	1 639,74	1 698,15	1 756,56	1 814,97	58,41
13 b		1 093,54	1 142,21	1 190,88	1 239,55	1 288,22	1 336,89	1 557,54	1 621,35	1 685,16	1 748,97	1 812,78	1 876,59	1 940,40	48,67/63,81
14		1 174,68	1 238,49	1 302,30	1 366,11	1 429,92	1 493,73	1 557,54	1 621,35	1 685,16	1 748,97	1 812,78	1 876,59	1 940,40	63,81
14 a		1 194,20	1 261,25	1 328,30	1 395,35	1 462,40	1 529,45	1 596,50	1 663,55	1 730,60	1 797,65	1 864,70	1 931,75	1 998,80	67,05
15	I b	1 346,61	1 414,75	1 482,89	1 551,03	1 619,17	1 687,31	1 755,45	1 823,59	1 891,73	1 959,87	2 028,01	2 096,15	2 164,29	68,14
15 a		1 467,75	1 535,89	1 604,03	1 672,17	1 740,31	1 808,45	1 876,59	1 944,73	2 012,87	2 081,01	2 149,15	2 217,29	2 285,43	68,14
16		1 534,81	1 617,01	1 699,21	1 781,41	1 863,61	1 945,81	2 028,01	2 110,21	2 192,41	2 274,61	2 356,81	2 439,01	2 521,21	82,20
16 a		1 346,61	1 414,75	1 482,89	1 551,03	1 619,17	1 687,31	1 755,45	1 823,59	1 891,73	1 959,87	2 028,01	2 096,15	2 164,29	68,14
16 b		1 534,81	1 617,01	1 699,21	1 781,41	1 863,61	1 945,81	2 028,01	2 110,21	2 192,41	2 274,61	2 356,81	2 439,01	2 521,21	82,20
16 c		1 730,64	1 816,08	1 901,52	1 986,96	2 072,40	2 157,84	2 243,28	2 328,72	2 414,16	2 499,60	2 585,04	2 670,48	2 755,92	85,44

Besoldungsordnung H

1		1 134,62	1 196,27	1 257,92	1 319,57	1 381,22	1 442,87	1 504,52	1 566,17	1 627,82	1 689,47	1 751,12	1 812,77	1 874,42	61,65
2		1 174,68	1 238,49	1 302,30	1 366,11	1 429,92	1 493,73	1 557,54	1 621,35	1 685,16	1 748,97	1 812,78	1 876,59	1 940,40	63,81
3	I b	1 376,61	1 414,75	1 482,89	1 551,03	1 619,17	1 687,31	1 755,45	1 823,59	1 891,73	1 959,87	2 028,01	2 096,15	2 164,29	68,14
4		1 534,81	1 617,01	1 699,21	1 781,41	1 863,61	1 945,81	2 028,01	2 110,21	2 192,41	2 274,61	2 356,81	2 439,01	2 521,21	82,20

Besoldungsordnung B

Bes.Gr.		Bes.Gr.		Bes.Gr.		Bes.Gr.	
1	2 164,29	4	3 000,36	7	3 594,16	9	4 394,55
2	2 600,17	5	3 196,13	8	3 798,58	10	4 793,66
3	2 797,02	6	3 398,39	8a	3 995,44	11	5 293,36

Ortszuschlag Tarifklasse: Bes.Gr. 1 und 2 = Ib, Bes.Gr. 3 bis 11 = Ia

Stellenzulagen
Sondergrundgehälter
Zuschüsse zum Grundgehalt
ab 1. Oktober 1966

Anlage 5

	Fußnote 1 DM	Fußnote 2 DM	Fußnote 3 DM	Fußnote 4 DM	Fußnote 5 DM	Fußnote 6 DM	Fußnote 7 DM
Bes.Gruppe A 5 Sondergrundgehalt	—	—	432,64	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 6	32,45	37,86	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 7	32,45	—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 8	64,90	93,02	32,45	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 8 a	32,45	108,16	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 9	64,90	64,90	48,68	54,08	64,90	—	—
Bes.Gruppe A 10	64,90	64,90	—	64,90	64,90	—	—
Bes.Gruppe A 11	64,90	48,68	—	64,90	64,90	—	—
Bes.Gruppe A 11 a	48,68	—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 12	—	70,31	70,31	64,90	—	—	64,90
Bes.Gruppe A 12 a	32,45	—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 13	—	37,86	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 13 a	—	—	—	37,86	—	—	—
Bes.Gruppe A 14 a	54,08	54,08	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 15	—	—	287,71	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 16 a Sondergrundgehalt	2 521,21	—	—	—	—	—	—
Zuschuß zum Grundgehalt	648,96	—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 16 b Sondergrundgehalt	3 025,24	—	—	—	—	—	—
Zuschuß zum Grundgehalt	757,12	—	—	—	—	—	—
Bes.Gruppe A 16 c Sondergrundgehalt	3 025,24	—	—	—	—	—	—
Überleitungsübersicht Regelüberleitung	78,96	42,19	15,15	64,90			

Sonderüberleitung zur Bes.Gruppe A 6 29,21 DM

Besoldungsordnung H. Allgemeine Vorschriften

Sondergrundgehalt zur	Bes.Gruppe H 3	2 521,21 DM
Sondergrundgehalt zur	Bes.Gruppe H 4	3 025,24 DM
Zuschuß zum Grundgehalt	Bes.Gruppe H 3	648,96 DM
Zuschuß zum Grundgehalt	Bes.Gruppe H 4	757,12 DM

Gemeinsame Vorschriften für mehrere Besoldungsgruppen

Nr. 4	46,51 DM
Nr. 8	32,45 DM
Nr. 9	32,45 DM
Nr. 10	54,08 DM

Ortszuschlag
ab 1. Oktober 1966

Anlage 6

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Ortsklasse	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 (bei einem kinderzuschlagsberechtigten Kind)
			Monatsbeträge in DM		
I a	B 3 bis B 11	S	288	357	387
		A	244	307	336
I b	B 1 und B 2, A 13 bis A 16 c, H 1 bis H 4	S	223	290	320
		A	187	246	275
II	A 9 bis A 12 a	S	180	238	268
		A	152	202	231
III	A 1 bis A 8 a	S	147	205	235
		A	123	173	202

Bei mehr als einem kinderzuschlagsberechtigten Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind, und zwar

für das zweite bis zum fünften Kind
in Ortsklasse S um je 37 DM,
in Ortsklasse A um je 35 DM,

für das sechste und die weiteren Kinder
in Ortsklasse S um je 47 DM,
in Ortsklasse A um je 45 DM.

Verordnung über die Kosten der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz*)

Vom 17. Dezember 1965

Auf Grund des § 53 Abs. 2 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 9. August 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 665) wird verordnet:

§ 1

Die Kosten für die ärztlichen Untersuchungen nach den §§ 45 und 48 des Jugendarbeitsschutzgesetzes werden pauschal vergütet. Der Pauschbetrag für jede abgeschlossene Untersuchung wird auf vierunddreißig Deutsche Mark festgesetzt.

§ 2

Die Kosten für die Ergänzungsuntersuchungen nach § 4 der Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 2. Oktober 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1789) werden nach § 3 Abs. 1 der Gebührenordnung für Ärzte vom 18. März 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 89) und § 3 Abs. 1 der Gebührenordnung für Zahnärzte vom 18. März 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 123) vergütet.

§ 3

Der in § 1 festgesetzte Vergütungssatz schließt sämtliche neben den Untersuchungen entstehenden sonstigen Kosten mit Ausnahme der Kosten für die Untersuchungsbögen ein.

§ 4

Die Verordnung über die Kosten der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 11. Oktober 1961 (GVBl. S. 137), geändert durch Verordnung vom 2. September 1963 (GVBl. I S. 133)[1]), wird aufgehoben.

§ 5

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1965 in Kraft.

[1]) GVBl. II 91-6

Wiesbaden, den 17. Dezember 1965

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Zinn

Der Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
Hemsath

*) GVBl. II 91-11

Verordnung über die Bewertung der Sachbezüge für die Sozialversicherung für das Jahr 1966*)

Vom 17. Dezember 1965

Auf Grund des § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1349), wird verordnet:

§ 1

Die in der Verordnung über die Bewertung der Sachbezüge für die Sozialversicherung für das Jahr 1965 vom 9. Dezember 1964 (GVBl. I S. 201) festgesetzten Werte der Sachbezüge gelten auch für das Kalenderjahr 1966.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1966 in Kraft.

Wiesbaden, den 17. Dezember 1965

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Zinn

Der Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
Hemsath

*) GVBl. II 93-12

Zweite Verordnung zur Überleitung des Schuljahresbeginns*)

Vom 20. Dezember 1965

Auf Grund des § 19 des Hessischen Schulpflichtgesetzes in der Fassung vom 1. Dezember 1965 (GVBl. I S. 323) wird verordnet:

§ 1

Schuljahr 1966

(1) Das Schuljahr 1966 beginnt am 1. April 1966 und endet am 30. November 1966.

(2) Für Kinder, die bis zum 31. März 1966 das sechste Lebensjahr vollenden, beginnt die Schulpflicht am 1. April 1966.

§ 2

Schuljahr 1966/67

(1) Das Schuljahr 1966/67 beginnt am 1. Dezember 1966 und endet am 31. Juli 1967.

(2) Für Kinder, die bis zum 30. November 1966 das sechste Lebensjahr vollenden, beginnt die Schulpflicht am 1. Dezember 1966.

(3) Kinder, die in der Zeit vom 1. Dezember 1966 bis zum 31. Dezember 1966 das sechste Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu Beginn des Schuljahres 1966/67 in die Schule aufgenommen werden, wenn sie die für den Schulbesuch erforderliche Reife besitzen. Die Entscheidung trifft der Schulrat.

§ 3

Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung zur Überleitung des Schuljahresbeginns vom 26. November 1965 (GVBl. I S. 307)[1]) wird aufgehoben.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

[1]) GVBl. II 72—21

Wiesbaden, den 20. Dezember 1965

Der Hessische Kultusminister
Schütte

*) GVBl. II 72—23

Bekanntmachung über die Änderung der Amtsbezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise*)

Vom 20. Dezember 1965

Auf Grund des § 16 Satz 2 des Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 29. Oktober 1953 (GVBl. S. 172) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 27. September 1965 (GVBl. I S. 209) werden die nach § 2 Abs. 6 des Wahlbeamtenbezügegesetzes in Verbindung mit dem Fünften Besoldungserhöhungsgesetz vom 17. Dezember 1965 (GVBl. I S. 349) geltenden Amtsbezüge

1. für die Monate Januar bis September 1966,
2. ab 1. Oktober 1966

bekanntgemacht.

Tabelle der Amtsbezüge

für die Monate Januar bis September 1966

I. Bürgermeister

Gruppenbezeichnung	Größengruppe (nach Einwohnerzahl)	Amtsgehalt (monatlich) DM	Dienstaufwandentschädigung (monatlich) DM	Ortszuschlag Tarifklasse
W 1	bis 1 000	918,32	100,—	II
W 2	1 001— 2 000	1 201,20	100,—	II
W 3	2 001— 3 000	1 364,48	100,—	II
W 4	3 001— 5 000	1 531,92	150,—	II
W 5	5 001— 7 500	1 781,52	200,—	I b
W 6	7 501— 10 000	1 921,92	200,—	I b
W 7	10 001— 20 000	2 111,20	200,—	I b
W 8	20 001— 30 000	2 500,16	250,—	I b
W 9	30 001— 50 000	2 689,44	250,—	I a
W 10	50 001— 75 000	2 884,96	250,—	I a
W 11	75 001— 100 000	3 267,68	350,—	I a
W 12	100 001— 250 000	3 652,48	350,—	I a
W 13	250 001— 500 000	4 225,52	350,—	I a
W 14	500 001—1 000 000	4 609,28	500,—	I a
W 15	über 1 000 000	4 836,—	500,—	I a

II. Landräte

Gruppenbezeichnung	Größengruppe (nach Einwohnerzahl)	Amtsgehalt (monatlich) DM	Dienstaufwandentschädigung (monatlich) DM	Ortszuschlag Tarifklasse
L 1	bis 40 000	2 500,16	250,—	I b
L 2	40 001— 80 000	2 689,44	250,—	I a
L 3	80 001— 120 000	2 884,96	250,—	I a
L 4	120 001— 180 000	3 073,20	350,—	I a
L 5	180 001— 240 000	3 267,68	350,—	I a
L 6	über 240 000	3 455,92	350,—	I a

*) Ändert GVBl. II 321—6

Tabelle der Amtsbezüge
ab 1. Oktober 1966

I. Bürgermeister

Gruppenbezeichnung	Größengruppe (nach Einwohnerzahl)	Amtsgehalt (monatlich) DM	Dienstaufwandentschädigung (monatlich) DM	Ortszuschlag Tarifklasse
W 1	bis 1 000	955,05	100,—	II
W 2	1 001— 2 000	1 249,25	100,—	II
W 3	2 001— 3 000	1 419,06	100,—	II
W 4	3 001— 5 000	1 593,20	150,—	II
W 5	5 001— 7 500	1 852,78	200,—	I b
W 6	7 501— 10 000	1 998,80	200,—	I b
W 7	10 001— 20 000	2 195,65	200,—	I b
W 8	20 001— 30 000	2 600,17	250,—	I b
W 9	30 001— 50 000	2 797,02	250,—	I a
W 10	50 001— 75 000	3 000,36	250,—	I a
W 11	75 001— 100 000	3 398,39	350,—	I a
W 12	100 001— 250 000	3 798,58	350,—	I a
W 13	250 001— 500 000	4 394,55	350,—	I a
W 14	500 001—1 000 000	4 793,66	500,—	I a
W 15	über 1 000 000	5 029,44	500,—	I a

II. Landräte

Gruppenbezeichnung	Größengruppe (nach Einwohnerzahl)	Amtsgehalt (monatlich) DM	Dienstaufwandentschädigung (monatlich) DM	Ortszuschlag Tarifklasse
L 1	bis 40 000	2 600,17	250,—	I b
L 2	40 001— 80 000	2 797,02	250,—	I a
L 3	80 001— 120 000	3 000,36	250,—	I a
L 4	120 001— 180 000	3 196,13	350,—	I a
L 5	180 001— 240 000	3 398,39	350,—	I a
L 6	über 240 000	3 594,16	350,—	I a

Wiesbaden, den 20. Dezember 1965

Der Hessische Minister des Innern
Schneider

Fortlaufender Bezug durch die Postanstalten. Der Bezugspreis beträgt jährlich 11,08 DM. Einzelstücke können vom Verlag Dr. Max Gehlen, 6380 Bad Homburg vor der Höhe, Postfach 66, bezogen werden. Die vorliegende Ausgabe Nr. 30 kostet 1,— DM zuzüglich 20 Pf Versandkosten. — Herausgegeben von der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden. — Verlag Dr. Max Gehlen, 6380 Bad Homburg vor der Höhe, Postfach 66, Ruf: Samm.-Nr. (0 61 72) 2 30 56, Postsch.-Kto.: Dr. Max Gehlen 71999, Frankfurt (Main)
Druck: Werk- und Feindruckerei Dr. Alexander Krebs, Bad Homburg vor der Höhe und Weinheim (Bergstraße)

Die Auslieferung von Einzelstücken älterer Ausgaben erfolgt auch dann durch den Verlag Dr. Max Gehlen, 6380 Bad Homburg vor der Höhe, Postfach 66, wenn der Wiesbadener Kurier als Verlag angegeben ist.